

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1912. Nr. 559.

für Anhalt, und Thüringen.

Jahrgang 205.

Belegpreis für Halle und Verone 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erhebt wöchentlich 60 Pfennig. — Gratis-Belegungen: Halbesche Couriers (eig. Belegstellen), 31. Unterrichtsblatt (Sonntagsheft), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die halbjährige eine Kolonne oder deren Raum für jede Zeile 100 Pfennig, wöchentlich 50 Pfennig. — Werbenamen am Schluss des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigengebühren für die ersten 10 Zeilen in Halle a. S. und bei allen sonstigen Anzeigengebühren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Weiniger Straße Nr. 61/62
Telephon 155 u. 156; Redaktions-Telephon 1272
Chefredakteur L. S.: Fritz Müller, Halle a. S.

Donnerstag, 28. November 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amtsurfurt Nr. 6290.
Druck und Verlag von Curt Thieme in Halle a. S.

Nachklänge vom Reformationsfest.

Unter dieser Ueberschrift erhalten wir von beachtenswerter Seite einen Artikel, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben, den wir vielmehr an dieser Stelle abdrucken, um so recht nachdrücklich auf ihn hinzuweisen. Er lautet:

Die „Sächsische Zeitung“ brachte wie alljährlich am 31. Oktober, an eigentlichen Gedenktage der Reformation, einen K. K.-Artikel, der uns zu einigen Bemerkungen veranlaßt. Nicht etwa, daß wir mit dem Artikel nach Form und Inhalt nicht einverstanden gewesen wären, o nein, er hat uns wie alle die in geschichtlichen Angelegenheiten sehr bedachtig; denn seine gewöhnlichen Anmerkungen waren auch diesmal ein warmes Hera für die evangelische Sache, ein durchdringender Scharfsinn für die Lage der Gegenwart und ein erfolgreiches Bemühen, die Ereignisse des politischen, überhaupt des ganzen öffentlichen Lebens unter den Gesichtspunkt des religiösen, des evangelischen Fühlens und Bedürfnisses zu stellen. So diesmal ganz besonders die drohende Zeitungsgefahr. Naturgemäß wurde da Erwähnung getan der großartigen Demonstration, die vom Evangelischen Bund auf seiner Jahresversammlung in Saarbrücken ins Werk gesetzt und höchst gelungen durchgeführt wurde. Ueberhaupt hat sich der Evangelische Bund eine hohe Bedeutung in unserem öffentlichen Leben und für dasselbe errungen. Und das ist der Punkt, wo die oben erwähnten Bemerkungen einsetzten sollen. Aber von vornherein vermahnen wir uns auch das allerkennendste dagegen, daß wir etwa beschränkten, unnötige Vorlesungen vorzubringen oder gar Invektiven zu stellen; das wäre ein Verbrechen gegen die heilige evangelische Sache, aber wir halten uns für verpflichtet, unsere Gedanken — und nicht unsere Gedanken allein — sondern zugleich die einer großen Anzahl Gutmütigen — in der Öffentlichkeit zu unterbreiten und Wünsche, ja Bitten daran zu knüpfen.

Wir müssen dabei zurückgreifen auf die Entstehung des Evangelischen Bundes. Es war im Jahre 1886, als der Gedanke, der dem Bunde zugrunde liegt, der nicht zuletzt im Geiste unseres unvergeßlichen Vorfahrs sich geratet hatte, anfangs Gestalt zu gewinnen. Da wurden namentlich von Profakultät zu Profakultät unter den Theologen die eingehendsten Beratungen gepflogen — die meisten der damals zum Worte gelangenden hervorragenden Professoren der Theologie rufen gleich Beschlag im Schoße der heiligen Mutter Erde. Aber ihr Beschlag hat sich als ein sehr weiter und heilamer erwiesen. Er ging dahin, die ganze Sache zu einer Sache nicht der Theologen, sondern des ganzen evangelischen Volkes auf breiter Grundlage zu machen. Er sollte wirken zur Stärkung des evangelischen Gemeindelebens und zur Schärfung des protestantischen Bewußtseins. Er sollte sein ein Protest vor dem Reich der nach Verwundung des togenannten Kulturkampfes immer größer werdenden Annäherung Konns. Er sollte sich bemühen, durch diese gemeinsame Ziel die vielfach lähmenden Gegensätze innerhalb der evangelischen Kirche zu überwinden. Also nach außen entscheidender Kampf, nach innen möglichste Gemeinschaft unter Gleichberechtigten der vorhandenen Unterchiede. So trat der Bund ins Leben und umschloß vor vornherein Mitglieder, die der vernünftigen und nicht der religiösen Angehörten, aber auch die dogmatische Rechte und Linke waren zahlreich vertreten. So ist er gewachsen und erblüht und zählt jetzt beinahe eine halbe Million evangelischer Männer. Wir freuen uns dessen eben so wie der kraftvollen Vertretung und Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen, die bei jeder Gelegenheit überall, wo evangelische Gemeinden oder Berionen ihres evangelischen Bekenntnisses wegen angegriffen werden, zur Verteidigung bereit ist und erfreuliche Erfolge aufzuweisen hat. Wir freuen uns namentlich auch deswegen, weil der Bund es verstanden hat, sich als eine Vertretung der gesamten evangelischen Christenheit einzuführen und zu behaupten. Denn der katholischen Kirche gegenüber ist die evangelische Kirche stets als solche im Nachteil, da wir von ihr eigentlich gar nicht reden können. Wir haben keine evangelische Kirche! Wohl so und so viele evangelische Landeskirchen mit ihren besonderen kirchlichen Einrichtungen. Und dazu stellen sich innerhalb dieser noch so und so viele verschiedene dogmatische Richtungen — eine Zerstückeltheit ohne Ende. Da konnte die Tendenz des Evangelischen Bundes nur segensreich wirken; sie hat es getan und wird es hoffentlich weiter tun.

Aber da kommen uns eben Bedenken. Es will uns scheinen, als ob die bemühte Annäherung im Bunde von der Gleichberechtigung der verschiedenen Richtungen nicht mehr so festhalten wie zu Anfang. Weder ist ja heututage eine Vereinigung der kirchlichen und der kirchlichen Interessen nicht zu umgehen. War oft wieder die letzteren vor und die ersteren müssen vor ihnen zurückweichen, wie es denn nicht zu leugnen ist, daß die von evangelischer Kirche gar häufig die dienende Wad des Staates ist. So bringt es das öffentliche Leben der Gegenwart mit sich, daß jeder, zumal jeder, der im öffentlichen Leben steht, eine Stellung nimmt. Da ist es nun sehr schwierig, die rechte Grenze zu ziehen und festzuhalten zwischen der eigenen Verantwortlichkeit und den Rücksichten auf die Anforderungen des Amtes oder der Dienststellung. Man will es uns bedünken, daß eine wei-

tiße Stellungnahme auf der Seite, die mit der Sozialdemokratie, der Feindin alles religiös-kirchlichen Lebens, einen nicht mehr abzuleugnenden Pakt geschlossen hat, wohl der persönlichen Anschauung Rechnung trägt, nicht aber dem Verlangen der leitenden Stellung innerhalb des Bundes. Es geht durch unsere Zeit unverbesserbar ein kontroverser Zug, der sich je länger je mehr geltend vernehmen wird. Und das ist es auch gar nicht zu verwundern. Nur ein harter, felsenartiger Grund kann nach dem Geistes der Evangeliums dem auf ihn aufstehenden Stau gegen die Stürme und Wasserwogen festen Stand verleihen. Bei den beinahe unenträglichkeiten, die die Gegenwart wohl auf jede Schulter gelegt, hat das deutsche Gemüt das Verlangen

nach einem festliegenden Grunde, auf dem es sich selbst aufbauen und halten kann. Politisch wie religiös bietet sich dieser Grund dar. Er liegt, um zeitgemäß zu reden, auf der rechten Seite für den einzelnen Menschen, so für seine Vereinigungen.

Darum geht unser herzlichster Wunsch, der sich von selbst zu herzlicher Bitte gestaltet, dahin, daß auch der Evangelische Bund, eingehend seiner Entstehung und seines hohen Zieles, dem Träger der gegenwärtigen Notzustände bemüht folgend, wieder mehr nach rechts sich wenden möge. Dann wird allseitige Begeisterung und allseitige Befriedigung sein schönster Lohn sein und bleiben.

Noch keine Lösung der Balkanfrage.

Die dringend notwendige Klärung des Nebelbunktes, in den Europa nun schon seit verchiedenen Tagen eingehüllt ist, will noch immer nicht eintreten. Auch heute kann man sagen: Alles ist noch im Fluss. Weder die Meldungen über die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten lassen eine baldige Lösung der strittigen Fragen erhoffen, noch deuten die über die Spannung zwischen Oesterreich und Serbien vorliegenden Nachrichten auf eine befriedigende Entspannung hin. Alles ist noch im Fluss.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

In Sofia hat man den Eindruck, als ob die Türken die Verhandlungen über den Friedensschluss möglichst zu verschleppen suchen. Man ist jedoch auf bulgarischer Seite entschlossen, dies nicht zuzugeben und nötigenfalls energisch eine Entscheidung zu fordern. Der Konstantinopeler Korrespondent des „Daily Chronicle“ will aus besserer Quelle erfahren haben, daß Griechenland mit der Türkei einen Separatfrieden abgeschlossen habe. Die wichtigste Bedingung in dem Friedensvertrage sei, daß Griechenland Saloniki erhalte. Die übrigen Bedingungen sollen erst später festgelegt werden.

Nach in Sofia verbreiteten Meldungen stellt die Türkei unter den Bedingungen für den Waffenstillstand die Forderung auf, in den Balkanbund aufgenommen zu werden. In Wien sollen zu diesem Zweck bereits offizielle Schritte unternommen worden sein. In Sofia wird der Gedanke Aufstands für die gleiche Idee. Auf die Frage, ob noch immer eine Verschleppung der Verhandlungen durch die Türkei befürchtet werden, antwortete ein Minister: „Wenn die Türken die Verhandlungen hinziehen wollen, arbeiten sie jetzt für uns. Mit jedem Tage wird unsere Truppenmacht vor der Tschatalbaschlinie stärker. Erst vor uns eine Verzögerung unangenehm, jetzt können wir warten.“

Eine allgemeine Postkonferenz in London?

Zu gut informierten Kreisen erzählt sich das Gerücht, daß die englische Regierung beabsichtigt, eine Konferenz aller am Hofe von St. James akkreditierten Postkassen einzuberufen. Eine offizielle Bestätigung dieses Gerüchtes war noch nicht zu erlangen.

Drohende Christenmassaker in Armenien.

Aus Tiflis, Man und Muich in Konstantinopel eingelaufenen Nachrichten zufolge ist die Lage der Christen in Armenien beängstigender. Die Kurden rüsten sich zu großen Mafakes gegen die Armenier. Ausland hat bereits in Batum an der kaukasischen Grenze starke Truppenmassen zusammengeschoben, die Befehl haben, sofort die Grenze zu überschreiten, um zugunsten der christlichen Bevölkerung zu intervenieren. Die Worte ist bereits von dieser Mahnahme Auslands in Kenntnis gesetzt worden.

Eine neue türkische Armee?

Eine neue starke türkische Armee, die aus asiatischen Truppen zusammengestellt ist, steht, wie behauptet wird, zu Disposition in den Bezirken von Samsun, 15 Kilometer nördlich und östlich von Samsun.

Ein neuer bulgarischer Operationsplan.

Die „Stampa“ meldet aus Sofia: Die siebente bulgarische Division hat sich in Saloniki auf 29 griechischen Transportdampfern eingeschifft. Die bulgarische Telegraphenagentur, die diese Meldung veröffentlicht, gibt keinerlei Anhaltspunkte über die Bestimmung dieser Truppen, es ist aber anzunehmen, daß die Truppen in Gölfs von Feros landen werden, um gemeinsam mit anderen Truppen die Dardanellenforts im Süden anzugreifen. Diese Annahme findet auch aus dem Umstande ihre Bestätigung, daß die Türkei in der letzten Zeit größere Truppenkonzentrationen, die unter das Kommando Schellwits gestellt wurden, nach der Bosphorus Halbinsel geschickt haben. Sollte der bulgarische Plan gelingen, so könnte die griechische Flotte vor Konstantinopel erscheinen.

Die Bulgaren sind nicht gewiesen.

Die „Agence Bulgare“ erklärt, die im Ausland verbreiteten Meldungen über angebliche Ausdreitungen bulgarischer Truppen in Saloniki

und Makedonien seien böswillige, in tendenziöser Absicht ausgelegte Erfindungen. Sie sei ermächtigt, die den Tatsachen nicht im geringsten entsprechenden Nachrichten in formellster Weise zu dementieren. Die bulgarischen Truppen hätten überall, wo sie eingesetzt, Beweise von tadellosem Ordnungssinn und von Disziplin gegeben.

Die Cholera im bulgarischen Saecr.

Mit Müchigkeit auf die täglich steigende Zahl von Choleraerkrankungen hat sich die bulgarische Regierung veranlaßt gesehen, außerhalb der Stadt Philippopol eine Choleraquarantäne zu errichten, in der tausend Kranke untergebracht werden können. Nach den Berichten der Ärzte des ausländischen Roten Kreuzes seien die Cholerafälle bis vor dem letzten Monatsend nur vereinzelt aufgetreten, seit diesem Tage mehren sich aber die Krankheits- und Todesfälle wieder in einer Weise, daß mit einem epidemischen Umschwunge gerechnet werden muß. Demgegenüber werden augenblicklich energische Maßregeln ergriffen. In Sofia wurde eine Schule zum Zwecke der Internierung Choleraerkrankter gegründet.

Adrianopol vor der Uebergabe?

Bei den letzten Vorstößen der Bulgaren vor Adrianopol sollen die einzigen zwei Wäfler vor der Festung in die Hände der Bulgaren gefallen sein. Ein Gefangener armenischer Militärarzt erzählte, der Lebensmittellager in der Stadt sei vollkommen erschöpft, sodas die Uebergabe unmittelbar bevorstehe.

Die Spannung zwischen Oesterreich und Serbien.

Wie dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ in Wien an informierter Stelle mitgeteilt wird, ist die Note der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ohne vorherige Stellungnahme in Wien aus gegeben worden. Ihre Wichtigkeit wird hier nicht anerkannt, da Oesterreich keinerlei Termine für die Geltendmachung seines Standpunktes bisher bekanntgegeben habe, und die Bekanntgabe eines solchen Termins nicht von Wien, sondern nur von Wien ausgehen konnte. Die Note wird auch nicht für opportun gehalten, da sie an verschiedenen Stellen falsche Vorstellungen von den Dispositionen Oesterreich-Ungarns ermeden konnte und bereits erweckt habe. Erklärt wird die Note damit, daß Deutschland vielleicht das Bedürfnis gehabt habe, den durch den unzeitgemäßen Besuch des österreichischen Generalstaatschefs erzeugten Anschein zu zerören, daß Deutschland in einem etwaigen Konflikt Auslands mit Oesterreich an erster Stelle stände, oder gar auf die Haltung Oesterreich-Ungarns einen aufreizenden Einfluß ausübe. In der Hauptache habe sich jedoch nichts geändert. Oesterreich-Ungarn sei im Ernstfall der Bundesstreue des Deutschen Reiches absolut sicher. Den Ernstfall herauszufordern oder zu beschleunigen, habe Oesterreich keine Ursache, schon aus dem Grunde nicht, weil ein verfrühtes Eingreifen die für die Zukunft beruhigenden Ergebnisse des jetzigen Balkankrieges noch einmal in Frage stellen könnte. Der Moment des Eingreifens werde da sein, wenn über die ferbische Haltung in der Adriafrage kein Zweifel mehr möglich sei. Die ferbische Frage, nicht bloß die Adriafrage sei für Oesterreich-Ungarn eine Lebensfrage, die geordnet werden müsse, wenn Oesterreich sich nicht verbluten sollte.

Der Audienz des österreichischen Postkasseners Grafen Thurn beim Zaren, die ungewöhnlich lange währte, möge man in politischen Kreisen große Bedeutung bei. Man verspricht sich von der eine Aufklärung des österreichisch-serbischen Konflikts. Am Tage vor der Audienz hatte Graf Thurn eine längere Konferenz mit dem Minister des Auswärtigen, Grafen von Sotomaj.

Kaiser Franz Josef empfing gestern 48 Uhr früh den Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand in Wien. Danach ergriff um 1/2 Uhr der Generalstaatschef Feldmarschallleutnant Schemua in halbständiger Audienz. Von 1/2 bis 10 Uhr weilt der Kriegsminister Ritter v. Ruffenberg beim Kaiser in Wien. Nach diesem erschienen der ungarische Landesverteidigungsminister Angei und der Minister des Inneren, Graf Verstoh, in Audienz. Die Lage wird nach Norden hin als etwas freundlicher betrachtet, nach Süden aber etwas kritischer.

Weihnachtsendungen.

Die Weihnachtsendungen richten sich in diesem Jahre an das Publikum des Jahres, mit den Weihnachtsendungen bald zu beginnen, damit die Patente...

Die Patente sind dauerhaft zu verpacken. Einige auf dem Verpackungsmittel vorhandene Aufschichten und Befestigungsmittel sind ungenügend zu sein...

Die Verpackung mehrerer Patente mittels einer Wappentafel ist für die Zeit vom 12. bis einschließlich 24. Dezember wieder im inneren...

Erfahrungen für Nachnahmeforderungen. Ist eine Nachnahmeforderung ohne ordnungsmäßige Einreichung des Nachnahmebetrags ausgefertigt...

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen. Die letzte Sitzung brachte verschiedene recht interessante botanische Vorträge...

W. Die Wollstation in London am 27. November vertiefte lebhaft bei gutem Wettermarke; für angebotene bessere Qualitäten waren die Preise wohl behauptet...

preussisch-hessischen Eisenbahnen, des Eisenbahn-Zentralamtes und der Generaldirektion der Eisenbahn-Eisenbahnen...

Hohes Alter. Düsseldorf, 28. Nov. Ihr Alter von 102 Jahren bestatet hier die älteste Einwohnerin, eine Witwe Köder.

Revolber-Schieerei. Heidelberg, 28. Nov. Auf dem Hauptbahnhofe feierte ein 19jähriger Rechnungsgeselle zwei Revolber-Schieerei auf einen 48jährigen Goldwarenfabrikanten aus Pforzheim ab...

Der Krieg auf dem Balkan. Saloniki, 28. Nov. Gestern früh haben 17 griechische Transportdampfer mit 12000 bulgarischen Soldaten an Bord in Begleitung eines griechischen Kreuzers den Hafen von Saloniki verlassen.

Konstantinopel, 28. Nov. Von autoritativer türkischer Stelle wird dem Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus berichtet, die Grundbedingungen für den Frieden...

Konstantinopel, 28. Nov. Die türkischen und bulgarischen Delegierten sind gestern zusammengekommen. Bis zum Abend hatte die Worte, die mit dem Hauptquartier in Telephonverbindung steht, noch keine Nachricht über das Ergebnis.

Börsen- und Handelsteil.

Ausführung des Kalteleges. Die Schätzung des im Jahre 1918 ab erwartenden Abzuges von Kaltelegaten ist wegen der starken Verdrängungen auf dem Auslandsmarkt besonders unsicher.

Die Börse in Paris und London.

Paris, 27. November. Auf die günstigeren Beurteilung der politischen Lage und höhere Wiener Kursmeldungen zeigte die Börse anfangs feste Haltung, ermatete aber später...

London, 27. November. Die Börse verkehrte anfangs auf die offiziellen Wiener Meldungen in fester Haltung, ermatete jedoch infolge der Nachricht von den französischen Truppenbewegungen...

W. Die Wollstation in London am 27. November vertiefte lebhaft bei gutem Wettermarke; für angebotene bessere Qualitäten waren die Preise wohl behauptet.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berliner Futtermarkt. (Wohl. Notierungen.) Weizen, 27. Novbr. Weizen (Normalgew. 705 g): 148-152...

146% M. Jan. März 146% M. - Gafes: Wobrußf. 80/81 kg Nov./Dez. 178 M. Jan./März 181 M. Glibro 38 Bund Ch./Nov. 80% M. La Plata 46/47 kg Jan./März 164% M. - Waize: La Plata 187% M. Ch./Nov. 137 M. Dez./Jan. 137% M. Wobrußf. 80/81 kg...

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Getreide. - Waggberg, 27. November. Vitra Kartoffelmehl- und Getreide, prompte Lieferung in Mengen von 10000 kg Kartoffel frei Waggberg, netto Netto 23,75-24,25 Mf. Tendenz: ruhig.

Getreide. - Nordhausen, 27. November. Braunkorn 35 1/2%, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig November 27 G. November/Dezember 26 1/2 G. Dezember/Januar 25, 25, Debr. 43,25, Januar/April 43,75, Mai/August 42,25.

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Getreide. - Hamburg, 27. November. Spiritus ruhig, für 100 kg (104-105 St.) 81,75-82,75 Mf. Braunkorn 40 1/2%, für 100 kg (105-106 St.) 93,75-94,75 Mf. per 100 ab Hof ab Wernigerode...

Letzte Telegramme.

Wichtige Eisenbahn-Konferenz. Berlin, 28. Nov. Heute treten unter Vorsitz des Eisenbahnministers die Präsidenten der 21 Direktionen der...

U. Hamburg, 28. Nov. Täglich auslaufende Offerten in Wert für 1000 kg einl. feinst. Bruch, Soll u. Sphel. Mittelschliff des Vereins...

Verantwortlich: Für Inhalt u. Druck: Fritz Müller, für Redaktion und Allgemeines: Fritz Müller, für Druck: Fritz Müller, für Druck: Fritz Müller...

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. November 1912.

Am Bundesratliche Staatssekretäre Dr. Debrück und Kühn, Interparlamentarischer Ausschuss.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl des Präsidents.

Die Wahl erfolgte unter Namensaufruf und Abgabe der Stimmzettel. Der Wahlsatz vollzog sich unter großer Unruhe im Hause, so daß Vizepräsident Dr. Paasche wiederholt um Ruhe ermahnen mußte.

Nach 2 Uhr erließ Reichstagsler Dr. v. Bethmann Hollweg am Bundesratliche, später die Staatssekretäre Dr. Lisco und Kracke.

Um 2 Uhr 50 Minuten wurde das Ergebnis der Wahl verkündet. 371 Stimmzettel sind abgegeben worden, davon 117 weiße Zettel, also unglücklich. Es haben erhalten: Abg. Dr. Kaempf (Hortf.) 390, Abg. Dietrich (Dörschel) 60 Stimmen; gesplittet waren 4 Stimmen.

Vizepräsident Dr. Paasche: Der Abg. Dr. Kaempf ist somit mit großer Mehrheit gewählt (beifolgender Beifall links), und ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Kaempf: Ich nehme die Wahl an und erkläre: Ich nehme die auf mich gefallene Wahl mit Dank an. Ich werde alles in meiner Macht stehende tun, um die Gesellschaft des Hauses zu einem guten Ende zu führen.

Das Haus betrat darauf die Interpellation des Abg. Baffermann (Natl.): „Ist der Herr Reichstagsler bereit, über die auswärtige Lage und die Maßnahmen der deutschen Politik Auskunft zu erteilen?“

Auf die Frage des Reichstagslers nahm Reichstagsler Dr. v. Bethmann Hollweg das Wort.

Reichstagsler Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich bin bereit, die Interpellation in der nächsten Woche zu beantworten und zwar, wie ich hoffe, in den ersten Tagen. Ich werde alles in meiner Macht stehende tun, um die Gesellschaft des Hauses zu einem guten Ende zu führen.

Die Interpellation verlangt Aufhebung der Einfuhrzölle auf Getreidemittel, insbesondere auf Weizen und Roggen, Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch, Aufhebung der Futtermittelzölle und Besteuerung der Einfuhrzölle.

Zur Begründung der Interpellation ergriff das Wort Abg. Scheidemann (Soz.): „Inwiefern ist der außerordentlich große Mangel an Getreidemitteln, der sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergibt, ist es bedauerlich, daß wir fähig sind von hoher Stelle hören zu müssen, daß kein Anlaß zur Unzufriedenheit vorhanden ist.“

Das war zu einer Zeit, als Hunderte von Berliner Frauen die ganze Stadt über vor dem Hunger marieren, um am frühen Morgen wenigstens ein Pfund billigen magerwertigen Fleisches zu erhalten. Der Landwirt hat in seinem Interesse die Besteuerung der Getreidemittel zu Gunsten der Exportation zu Gunsten der Bevölkerung nicht befehlen werden, daß auch noch andere Nahrungsmittel existieren, welche die Bevölkerung sehr wohl ersetzen könnten.

Diese Auffassung ist ein Beweis für die tiefe Unkenntnis der Dinge im Volklande. Für die Masse des Volkes ist das Fleisch geradezu ein Lebensbedürfnis geworden. (Große Unruhe; Glocke des Präsidenten). Herr v. Schorlemer hat in seiner Rede durchaus anerkannt, daß ein Notstand besteht.

Er betrachtet nicht, daß eine große Zerstörung vorhanden ist. Aber ich befinde mich in meiner Meinung nur, weil die Arbeiter nicht gewöhnt sind zu sehen, daß der Notstand besteht. Die Arbeiter haben die Größe des Notstandes in ihren Berichten erneut festgestellt. Im diesem allgemein anerkannten Notstande abzuhelfen, erscheint es erforderlich, Aufhebung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufrechterhaltung der Sicherheitsmaßnahmen gegen Seuchen anzuordnen.

Zu den endlich bekannt gewordenen Regierungsmaßnahmen sind mancherlei unverhältnißmäßig einschneidende Bestimmungen enthalten. Die Einfuhr von Fleisch aus den Balkanstaaten ist ein ganz besonders interessantes Kapitel. Drei Tage nach der dafür gegebenen Erlaubnis hat der Balkanrat ein Verbot ausgesprochen, was auf dem Balkan vorliegt. (Große Unruhe; Glocke des Präsidenten).

Zur Begründung der Interpellation ergriff das Wort Reichstagsler Dr. v. Bethmann Hollweg: Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten sind in der Forderung nach Einführung der sozialistischen Produktionsweise. Meine Herren! (nach links), wenn Sie das Wort darauf verworren wollen (Große Heiterkeit; lebhafter Unterbrechung) und Abhilfe suchen in dem Interzessions-Wirtschaftspolitik, dann stellen Sie eine Forderung auf, von der Sie wissen, daß sie nicht durchführbar ist. (Lachen links).

Ich habe noch vor einem Jahre über den Reichstag ausführlich die Gründe dargelegt, weshalb die verschiedenen Regierungen unsere Wirtschaftspolitik für eine gesunde und Zustand ausüben lassen. Diese Überzeugung ist viel zu fest, um von einem auf das andere Jahr aufzugeben zu werden, und ferner ist die politische Auffassung der Mehrheit aus diesem Reichstag keine, glaube ich, daß die Mehrheit des Reichstags für die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik ist. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte, Widerspruch links).

Seine Herren! Die Herren Sozialdemokraten haben dann an den 11. d. M. eine Resolution angenommen, die wir getroffen haben, scharf kritisiert. Herr Scheidemann hat selber zugegeben, daß die Verhältnisse, unter denen wir gegenwärtig leben, von internationalem Charakter sind. Wir sind gegenüber bestimmten Entscheidungen allerdings in der Abhilfe beschränkt. Immerhin aber haben wir geklagt — und das hat ja auch den Beifall des Herrn Scheidemann gefunden — ein Mittel zu finden, das geeignet ist, auf die Stabilisierung der Fleischpreise hinzuwirken.

Wir haben uns an die 8 Kommissare gewandt, nicht um, wie in der fortgeschrittenen Presse gelautet ist, eine Aufgabe von uns abzugeben. Beifolgende, große Kommunalverwaltungen hatten ihrerseits, bevor noch irgend eine Anregung von der Regierung gegeben war, durch eigene Maßnahmen auf eine Herabdrückung der Fleischpreise hingewirkt. Auf unseren Appell haben rund 70 deutsche Städte von der ihnen erteilten Ermächtigung Gebrauch gemacht, und an allen Stellen ist nachgewiesen worden, daß sich die Fleischpreise zum Teil in sehr bedeutender Weise gesenkt haben. Die Kommunen haben, das lag ja nahe, sich zunächst auf die Einfuhr von ausländischem Fleisch geworfen; ich halte es aber für notwendig, daß die Kommunen einen Zusammenhang herzustellen suchen mit der inländischen Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts).

Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten ist lang und hat sich im Laufe der Zeit immer mehr verengt. Wir hoffen, durch die Enquete-Kommission, die einberufen ist, auch in diese Frage mehr Licht hineinzubringen. Für ausfallschlagende aber würde ich halten, wenn die Kommunen praktische Versuche machen würden, durch den Absatz mit landwirtschaftlichen Genossenschaften über mehrjährige Lieferungen von Fleisch oder Vieh die Stabilisierung der Preise herbeizuführen, deren wir gegenwärtig ermahnen, und wenn ich auf der einen Seite den deutschen Kommunen auch von dieser Stelle meinen Dank ausspreche, so vernehme ich mit diesem Dank die Bitte, daß sie in der bezeichneten Richtung vorgehen möchten. Diesem festen Zweck dient der Gesetzentwurf, den wir Ihnen vorgelegt haben, und den besten Annahme ich fürchte, daß auch diejenigen Herren von der Rechten, welche Bedenken gehabt haben gegen einen derartigen Versuch, die Bedeutung des Gesetzentwurfs in der Weise erkennen werden, wie ich ihn eben präzisierter. Ich kann, wenn ich mich reflektiere, nur wiederholen: Wir erkennen von seiten der Regierung vollkommen an, daß es uns unmöglich ist, eine Zerstörung, die auf internationalem Erfinden beruht, zu beheben; wir sind aber auch nach wie vor der Ansicht, daß wir die Versorgung des deutschen Volkes durch die inländische Produktion als etwas Notwendiges aufrecht erhalten müssen, sowohl im Interesse unserer politischen Unabhängigkeit, als auch im Interesse einer Stärkung und Starterhaltung unserer Landwirtschaft, daß wir deshalb alle Kräfte anwenden müssen, welche die Sicherheit der deutschen Landwirtschaft gefährden können.

Und ich kann den deutschen Reichstag nur bitten, daß er auf dem Wege, den er bisher eingeschlagen hat, in dem deutschen Bauerntande, in der deutschen Landwirtschaft ein festes Fundament unseres Staates zu erhalten, fortfahren möge. (Beifolgender Beifall rechts, Unruhe links, wiederholter Beifall rechts).

Auf Antrag Baffermann wurde die Befriedigung der Interpellation befohlen. Inzwischen war ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen, der (nach den neuen Gesichtsverhältnissen) feststellt, daß zwischen den Aufstellungen des Reichstags und des Reichstagslers bezüglich der Besteuerung der Zerstörung ein Anknüpfungspunkt besteht. (Sehr richtig! links).

Zunächst erhebt das Wort Reichstagsler Dr. Paasche: Es muß Vorfrage getroffen werden, daß für unser Volk ausreichende Fleischmengen vorhanden sind, und daß es diese auch zu erschwinglichen Preisen erhalten kann. Der deutsche Arbeiter kann seine schwere Arbeit nur verrichten, wenn er tüchtig Fleisch ist. Bei den schlechtesten Arbeitern ist schon jetzt die Gefahr einer Untermahlung gegeben. Eine der Ursachen der Zerstörung ist die Steigerung der Produktionskosten auf dem Lande. Zweifelslos ist Deutschland heute an den Punkt gekommen, wo es sich entscheiden muß, ob unsere deutsche Landwirtschaft den Bedarf des Inlandes zu decken imstande ist. Die Maßnahmen der Regierung sind wirkungslos gewesen. Die Abschaffung der Zölle würde ein Mann für die deutsche Landwirtschaft sein. Die Einfuhr von Fleisch aus dem Ausland ergibt mir nicht ganz unbedenklich. Das Gefrierfleisch in guten Qualitäten ist zwar beinahe so gut wie das einheimische. Wegen die Einfuhr von Rindfleisch habe ich erhebliche Bedenken.

Auf das System der Einfuhrzölle will ich nicht eingehen. (Abg. Göttsche: Warum nicht?). Das überlasse ich Ihnen. (Heiterkeit). Auch für die Landwirtschaft ist dies System bedenklich, da der Prozentfuß der Roggenausfuhr derart zunimmt, daß der inländische Bedarf darunter Schaden leiden muß. Die Landarbeiter haben ihrerseits ein Interesse an dem Wohlgehen der Landwirtschaft. Die Zerstörung wird viel zu sehr von parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet. (Beifall im Zentrum).

Abg. Weidlich (Natl.): Wir halten die Viehnachfrage für vorübergehend. Nicht nur die schlechten Futterernten, sondern auch die Einschränkung der Weiden haben unserer Viehhaltung ungeschehen Schaden zugefügt. Die Zunahme der Viehhaltung ist zu bedauern, aber an dem immer größer werdenden Arbeitermangel zurückzuführen, und diesem muß man entgegenzuwirken suchen. (Beifall rechts).

Abg. Dr. Wittger (Natl.): Unser Wirtschaftssystem hat sich bemerkt. Die Politik der mittleren Umtrie, die wir National-liberalen beim Zollrat eingenommen haben, hat sich als richtig erwiesen. Dem Gesetzentwurf auf vorübergehende Zollbefreiungen bei der Fleischzertifizierung stimmen wir zu. Bei der Zunahme argentinischen Gefrierfleisches muß vor allem daran geteilt werden, daß es nicht gesundheitsgefährlich ist.

Darum verträge ich das Haus. Präsident Dr. Kaempf fragte im Einverständnis mit dem Hause den Vertreter der Regierung, ob man die Interpellation der freien Meinungen betreffend die Kooperationsfreiheit der Staatsarbeiter beantwortet werden sollte. Staatssekretär Dr. Debrück erklärte sich für Mitte nächster Woche zur Verantwortung bereit.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung und zweite Lesung des Zollbefreiungsgesetzes). Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Seine Herren! Die Herren Sozialdemokraten haben dann an den 11. d. M. eine Resolution angenommen, die wir getroffen haben, scharf kritisiert. Herr Scheidemann hat selber zugegeben, daß die Verhältnisse, unter denen wir gegenwärtig leben, von internationalem Charakter sind. Wir sind gegenüber bestimmten Entscheidungen allerdings in der Abhilfe beschränkt. Immerhin aber haben wir geklagt — und das hat ja auch den Beifall des Herrn Scheidemann gefunden — ein Mittel zu finden, das geeignet ist, auf die Stabilisierung der Fleischpreise hinzuwirken.

Wir haben uns an die 8 Kommissare gewandt, nicht um, wie in der fortgeschrittenen Presse gelautet ist, eine Aufgabe von uns abzugeben. Beifolgende, große Kommunalverwaltungen hatten ihrerseits, bevor noch irgend eine Anregung von der Regierung gegeben war, durch eigene Maßnahmen auf eine Herabdrückung der Fleischpreise hingewirkt. Auf unseren Appell haben rund 70 deutsche Städte von der ihnen erteilten Ermächtigung Gebrauch gemacht, und an allen Stellen ist nachgewiesen worden, daß sich die Fleischpreise zum Teil in sehr bedeutender Weise gesenkt haben.

Die Kommunen haben, das lag ja nahe, sich zunächst auf die Einfuhr von ausländischem Fleisch geworfen; ich halte es aber für notwendig, daß die Kommunen einen Zusammenhang herzustellen suchen mit der inländischen Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts).

Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten ist lang und hat sich im Laufe der Zeit immer mehr verengt. Wir hoffen, durch die Enquete-Kommission, die einberufen ist, auch in diese Frage mehr Licht hineinzubringen. Für ausfallschlagende aber würde ich halten, wenn die Kommunen praktische Versuche machen würden, durch den Absatz mit landwirtschaftlichen Genossenschaften über mehrjährige Lieferungen von Fleisch oder Vieh die Stabilisierung der Preise herbeizuführen, deren wir gegenwärtig ermahnen, und wenn ich auf der einen Seite den deutschen Kommunen auch von dieser Stelle meinen Dank ausspreche, so vernehme ich mit diesem Dank die Bitte, daß sie in der bezeichneten Richtung vorgehen möchten.

Diesem festen Zweck dient der Gesetzentwurf, den wir Ihnen vorgelegt haben, und den besten Annahme ich fürchte, daß auch diejenigen Herren von der Rechten, welche Bedenken gehabt haben gegen einen derartigen Versuch, die Bedeutung des Gesetzentwurfs in der Weise erkennen werden, wie ich ihn eben präzisierter. Ich kann, wenn ich mich reflektiere, nur wiederholen: Wir erkennen von seiten der Regierung vollkommen an, daß es uns unmöglich ist, eine Zerstörung, die auf internationalem Erfinden beruht, zu beheben; wir sind aber auch nach wie vor der Ansicht, daß wir die Versorgung des deutschen Volkes durch die inländische Produktion als etwas Notwendiges aufrecht erhalten müssen, sowohl im Interesse unserer politischen Unabhängigkeit, als auch im Interesse einer Stärkung und Starterhaltung unserer Landwirtschaft, daß wir deshalb alle Kräfte anwenden müssen, welche die Sicherheit der deutschen Landwirtschaft gefährden können.

Und ich kann den deutschen Reichstag nur bitten, daß er auf dem Wege, den er bisher eingeschlagen hat, in dem deutschen Bauerntande, in der deutschen Landwirtschaft ein festes Fundament unseres Staates zu erhalten, fortfahren möge. (Beifolgender Beifall rechts, Unruhe links, wiederholter Beifall rechts).

Auf Antrag Baffermann wurde die Befriedigung der Interpellation befohlen. Inzwischen war ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen, der (nach den neuen Gesichtsverhältnissen) feststellt, daß zwischen den Aufstellungen des Reichstags und des Reichstagslers bezüglich der Besteuerung der Zerstörung ein Anknüpfungspunkt besteht. (Sehr richtig! links).

Zunächst erhebt das Wort Reichstagsler Dr. Paasche: Es muß Vorfrage getroffen werden, daß für unser Volk ausreichende Fleischmengen vorhanden sind, und daß es diese auch zu erschwinglichen Preisen erhalten kann. Der deutsche Arbeiter kann seine schwere Arbeit nur verrichten, wenn er tüchtig Fleisch ist. Bei den schlechtesten Arbeitern ist schon jetzt die Gefahr einer Untermahlung gegeben. Eine der Ursachen der Zerstörung ist die Steigerung der Produktionskosten auf dem Lande. Zweifelslos ist Deutschland heute an den Punkt gekommen, wo es sich entscheiden muß, ob unsere deutsche Landwirtschaft den Bedarf des Inlandes zu decken imstande ist.

Die Maßnahmen der Regierung sind wirkungslos gewesen. Die Abschaffung der Zölle würde ein Mann für die deutsche Landwirtschaft sein. Die Einfuhr von Fleisch aus dem Ausland ergibt mir nicht ganz unbedenklich. Das Gefrierfleisch in guten Qualitäten ist zwar beinahe so gut wie das einheimische. Wegen die Einfuhr von Rindfleisch habe ich erhebliche Bedenken. Auf das System der Einfuhrzölle will ich nicht eingehen. (Abg. Göttsche: Warum nicht?). Das überlasse ich Ihnen. (Heiterkeit).

Auch für die Landwirtschaft ist dies System bedenklich, da der Prozentfuß der Roggenausfuhr derart zunimmt, daß der inländische Bedarf darunter Schaden leiden muß. Die Landarbeiter haben ihrerseits ein Interesse an dem Wohlgehen der Landwirtschaft. Die Zerstörung wird viel zu sehr von parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet. (Beifall im Zentrum).

Abg. Weidlich (Natl.): Wir halten die Viehnachfrage für vorübergehend. Nicht nur die schlechten Futterernten, sondern auch die Einschränkung der Weiden haben unserer Viehhaltung ungeschehen Schaden zugefügt. Die Zunahme der Viehhaltung ist zu bedauern, aber an dem immer größer werdenden Arbeitermangel zurückzuführen, und diesem muß man entgegenzuwirken suchen. (Beifall rechts).

Abg. Dr. Wittger (Natl.): Unser Wirtschaftssystem hat sich bemerkt. Die Politik der mittleren Umtrie, die wir National-liberalen beim Zollrat eingenommen haben, hat sich als richtig erwiesen. Dem Gesetzentwurf auf vorübergehende Zollbefreiungen bei der Fleischzertifizierung stimmen wir zu. Bei der Zunahme argentinischen Gefrierfleisches muß vor allem daran geteilt werden, daß es nicht gesundheitsgefährlich ist.

Darum verträge ich das Haus. Präsident Dr. Kaempf fragte im Einverständnis mit dem Hause den Vertreter der Regierung, ob man die Interpellation der freien Meinungen betreffend die Kooperationsfreiheit der Staatsarbeiter beantwortet werden sollte. Staatssekretär Dr. Debrück erklärte sich für Mitte nächster Woche zur Verantwortung bereit.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung und zweite Lesung des Zollbefreiungsgesetzes). Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 27. November 1912.

Am Regierungssitz: Minister des Innern S. Falkow und Finanzminister Dr. Kene. Präsident v. Wedel-Wiedorf eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.

